

Bürgerinitiative Niedernhausen/Eppstein, Idsteiner Straße 92, 65527 Niedernhausen

Niedernhausen, den 18.03.2018

An das Hessische Ministerium
für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
Kaiser-Friedrich-Ring 75,
65185 Wiesbaden

z.H. Herrn Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir

**Betr. : Stromnetzausbau - Vorhaben 2 des Bundesbedarfsplangesetzes
 Ultranet-Projekt**

Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir

Das Ultranet-Projekt ist die einzige der neu geplanten, quer durch Deutschland verlaufenden Mega-Stromtrassen, die komplett oberirdisch geführt werden soll. Mit dem Ultranet-Vorhaben soll eine existierende Überlandleitung, die in unseren Taunusgemeinden häufig mit weniger als 25m an bebauten Gebieten vorbeiläuft, für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) umgerüstet werden. Der HGÜ-Betrieb in stark besiedelten Wohngebieten, sowie der Hybridbetrieb von Gleich- und Wechselstrom auf einer Trasse sind neu und gesundheitliche Auswirkungen sind nicht bekannt, da eine derartige Übertragungstechnik bisher nicht in Betrieb ist. Die betroffenen Bürger aus Wallrabenstein, Wörsdorf, Idstein, Niedernhausen, Eppstein sowie Wildsachsen und Langenhain sind über dieses Pilotprojekt äußerst beunruhigt und haben sich zu mehreren Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Sie sehen sich als „Versuchskaninchen“ dieses Pilotprojektes.

Unsere Bürgerinitiative wehrt sich nicht gegen das Ultranet-Projekt an sich, sondern setzt sich dafür ein, dass es in diesen Sonderfällen, wo die neue Hybridtrasse durch Siedlungsgebiete verlaufen soll, eine für die Bevölkerung und die Natur optimierte Trassenführung gibt, z.B. so wie bei den drei anderen HGÜ-Megatrassen im Rahmen des Netzausbaus. Wir fordern eine großräumige Verschwenkung mit mindestens 400 m Abstand zur Wohnbebauung oder alternativ die partielle Erdverkabelung in diesen Gebieten.

Die existierende Wechselstromleitung basiert auf einer in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts errichteten Trasse, die über die Jahre ständig erweitert und umgebaut wurde. Über die seinerzeitige Planung und über eine eventuelle Planfeststellung ist wenig bekannt. So konnten uns die angesprochenen Kommunen über erteilte Genehmigungen keine Auskunft geben. Für den vorgesehenen Trassenausbau wären aber derartige Informationen, auch für den Fall einer juristischen Aufarbeitung, von großem Interesse.

Wir möchten Sie daher bitten, uns Auskunft über die erteilten Bewilligungen und die eingeschalteten Verfahren zu erteilen und uns Kopien der erteilten Genehmigungen zuzusenden.

Die betroffenen Bürger haben Angst um ihre Gesundheit und befürchten auch einen Wertverlust Ihrer Immobilien. Unsere menschlichen Sinne erlauben uns, das angekündigte Hautkribbel zu fühlen und das Knistern zu hören. Für gesundheitliche Auswirkungen bei elektromagnetischer Strahlung fehlt den Menschen das passende Sinnesorgan. Gesundheitliche Schäden durch den Hybridbetrieb werden erst nach Jahren festzustellen sein und, ob diese dann ursächlich dem HGÜ-Betrieb zugeordnet werden, ist mehr als fraglich. Aus diesem Grund haben sich betroffene Anlieger der vorgesehenen Trasse in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen und haben sich an ihre Kommunen und Kreistage gewandt. Uns liegen Beschlusskopien folgender Kommunen und Kreise vor, die wir Ihnen hiermit zukommen lassen wollen:

- Alsbach-Hähnlein – 12.12.2017
- Eppstein 08.11.2017
- Hofheim 01.12.2017
- Hübingen 19.05.2017
- Hünstetten 06.09.2017
- Idstein 15.02. 2016
- Idstein Juni 2017
- Koblenz 06.11.2017 Beschlusstext
- Koblenz 06.11.2017
- Kreis AW – Resolution Ultranet
- Kreistag WW vom 23.06.2017
- Niedernhausen 02.11.2017
- Rhein-Lahn-Kreis 12.10.2017
- RTK Kreistag 06.12.2017
- VG Montabaur 07.12.2017

Da das Datenvolumen etwas umfangreich ist (25MB), müssen wir Sie bitten, die Dokumente über den auf der Begleit-Email angegebenen Link herunterzuladen.

Außerdem verweisen wir in diesem Zusammenhang auch auf die Presseerklärung des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz vom 07.09.2017 über Gespräche mit Bürgerinitiativen des Aktionsbündnisses. Ein weiteres Gespräch mit der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Ulrike Höfken fand am 7. März 2018 statt. Der Link zu der Presseerklärung ist ebenfalls auf der Begleit-Email aufgeführt.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn wir die angesprochene Problematik und die Sorgen der Bürger in Hessen auch Ihnen vortragen könnten, so wie Ihre Kollegin in Rheinland-Pfalz bereits mehrfach zum Gespräch eingeladen hat.

Wir bitten um einen Gesprächstermin.

Abschließend möchten wir Sie zum Besuch des 3. Ultranet-Forums recht herzlich einladen. Um den betroffenen Bürger die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren und ihre Ängste vorzutragen, veranstaltet unsere Bürgerinitiative von Zeit zu Zeit Ultranet-Informationsveranstaltungen. So findet am 9. April um 19.00 unser 3. Ultranet-Forum in der Aulahalle in Niedernhausen statt, das den Titel „Chancen gegen Ultranet“ trägt und die juristische Seite des Vorhabens bis zur Formulierung eines Einspruchs in den Mittelpunkt der Diskussion stellt. Prof. Dr. Dominik Kupfer der Kanzlei W2K, der das von den hiesigen Kommunen in Auftrag gegebene Gutachten erstellt hat, wird an diesem Abend die bestehende Rechtslage, sowie die notwendigen Schritte für die erwarteten Einsprüche erläutern. Wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen



Im Namen der Bürgerinitiative
Rainer Wegner
Tel. 0171 2013 776

